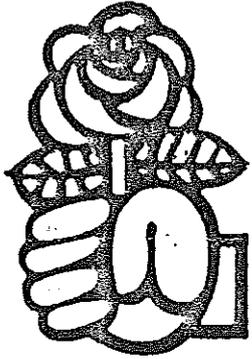


VORAN

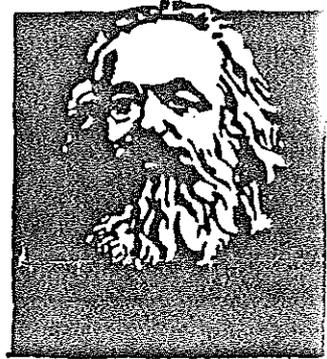
Hansaring 4
5000 Köln 1
0221/134504

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften



INFO-DIENST

Nr. 11



Gegen Privatisierung und Kahlschlag bei der Post

Liebe Genossinnen und Genossen,

August '88

durch die Post-Aktionen im Frühjahr und Sommer haben eine Reihe von AGs gute Kontakte zur Postgewerkschaft, insbesondere zur Gewerkschaftsjugend, knüpfen können. Viele AGs haben aktiv mitgeholfen, das Anliegen der Gewerkschaft in die Öffentlichkeit zu tragen, durch Aktionen, Info-Stände, Unterschriftsammlungen. Besonders die Tour des britischen Kollegen Colin O'Callaghan von der Gewerkschaft NCU war ein großer Erfolg.

Da die sog. "Postreform" jetzt doch nicht mehr vor der Sommerpause, sondern erst im Herbst durch den Bundestag gehen wird, empfehlen wir Euch, das Thema weiterhin zu behandeln.

Die DPG führt Anfang September (1.-6.9.) eine Befragung der Postbediensteten durch. Dies ist zwar (noch) keine Urabstimmung, könnte aber der Auftakt zu weiteren Aktionen der DPG im Herbst sein.



Schon bei den Diskussionsveranstaltungen vor der Sommerpause hat sich gezeigt, daß besonders bei den Postlern ein großes Interesse an Fragen der Kampfstrategie besteht. Darum empfehlen wir, bei Veranstaltungen im Herbst eher diesen thematischen Schwerpunkt zu behandeln.

Folgende Möglichkeiten für Aktivitäten bieten sich an:

1) Abstimmung 1.-6.9.

Diese Aktion der DPG sollte aktiv unterstützt werden:

- geht zum örtlichen DPG-Büro, besorgt Euch Material dazu und hilft bei der Verteilung; erkundigt Euch auch, ob außer der postinternen Befragung noch Außenaktivitäten geplant sind und beteiligt Euch ggfls. daran

- bringt ein eigenes Flugblatt heraus (Muster bzw. Beispiel liegt bei) und verteilt es vor Postämtern, Postwohnheimen, usw.

- nehmt das Thema in der auf die Abstimmungswoche folgenden AG-Sitzung noch einmal drauf (Termin sollte aufs Flugblatt), ladet Postler dazu ein; besonders die Kollegen, die ihr schon kennt bzw. die bei früheren

Veranstaltungen schon mal da waren, noch mal persönlich ansprechen und einladen

2) Anträge (inhaltlich zur Post) bei Jusos (höhere Ebenen) und in der Partei einbringen, denn der gesamte Verband und die Partei sollten die DPG aktiv unterstützen.

3) Von der Redaktion aus planen wir:

- Neuauflage der Postbroschüre, da erste Auflage vergriffen
- evtl. noch einmal Einladung eines Kollegen aus GB, diesmal aber vor allem, um hier auf Konferenzen der Gewerkschaftsjugend zu sprechen. Sprecht daher die örtliche Gewerkschaftsjugend der Post an, erfragt Termine der nächsten Bezirks- oder Landeskongressen und ob Interesse an einem Redner der NCU besteht. Gebt die Informationen dann schnellstmöglich an die Redaktion weiter.

Viel Erfolg bei den Aktionen.

Mit sozialistischem Gruß
für die Redaktion

Angebot



Postkonferenz

Die SPD-Bundestagsfraktion will mit Beschäftigten der Deutschen Bundespost einen Meinungsaustausch führen über die Vorstellungen der SPD zur Postpolitik und die Pläne der Bundesregierung zur „Neustrukturierung“ der DBP. Zu diesem Zweck veranstaltet die Fraktion am 20. Oktober in Bonn eine „Postkonferenz“. Alle SPD-Abgeordneten wurden aufgefordert, aus ihrem Wahlkreis eine Teilnehmerin/einen Teilnehmer von der Post für die Konferenz zu benennen.

EB



Abstimmung als Auftakt nutzen!



An der Zerschlagung der Post hat nur eine winzig kleine Minderheit von Großkonzernen, Banken und Börsenspekulanten Interesse. Ihnen gegenüber steht die Masse der arbeitenden Bevölkerung, die privaten Haushalte und vor allem die 550.000 Postbeschäftigten. Und Millionen sind bekanntlich stärker als Millionäre. Allerdings nur dann, wenn sie einen konsequenten Kampf führen gegen die Millionäre. Und der kann nur von der organisierten Arbeiterbewegung (Postgewerkschaft, DGB, SPD) geführt werden.

In der Auseinandersetzung um die Zerschlagung der Post reicht es nicht, einen reinen Abwehrkampf zu führen. Wir müssen mit der Forderung nach einer Postreform im Interesse der Postbeschäftigten und der Masse der Verbraucher in die Offensive gehen. Mit der Verteidigung der Post als „Bürgerpost“ oder „unserer bewährten Bundespost“ verteidigt man die ganzen Mißstände, die es heute für Postbeschäftigte und Verbraucher gibt und überläßt es den Konservativen, diese Mißstände demagogisch für ihre Interessen auszuschlachten.

Postgewerkschaft und DGB haben mit einer Aufklärungskampagne in der Öffentlichkeit begonnen und Unterschriften gesammelt. Dieser Ansatz ist zu begrüßen. Allerdings wird die Unterstützung durch die Masse der Verbraucher passiv bleiben, wenn die Gewerkschaft nicht weitere Kampfsschritte unternimmt. Die Verbraucher haben keine Organisation, die einen Kampf organisieren könnte. Und vor allem haben sie keine ökonomische Macht. Die eigentliche Macht liegt bei den Gewerkschaften.

Wie kämpfen?

Wenn die Gewerkschaft in der jetzigen Auseinandersetzung nicht ihre ganze Kampfkraft in die Waagschale wirft, besteht die Gefahr einer Niederlage.

Jeder Schritt von Schwarz-Schilling muß mit Aktionen der Postgewerkschaft und des DGB beantwortet werden, bis die Pläne vollständig zurückgenommen sind. Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Dienst nach Vorschrift können die ersten Schritte sein, um die Mitgliedschaft zu mobilisieren. Einen Marsch auf Bonn an dem Tag, an dem Schwarz-Schilling den Kabinettsentwurf vorstellt oder die Gesetzeslesung stattfindet, könnte gehörigen Druck auf die Regierung ausüben.

Falls sich die Regierung dadurch nicht von ihren Plänen abbringen läßt, sollte die Postgewerkschaft nicht vor einem Streik zurückschrecken. Ein Streik bei der Post bedeutet enormen ökonomischen und politischen Druck auf Regierung und Kapital. Die Regierung wird natürlich versuchen, politische Streiks für illegal zu erklären und die Justiz einzusetzen, um sie zu verbieten. Davon darf sich die Gewerkschaftsbewegung aber nicht einschüchtern lassen. Hätten sie sich immer an die geltenden Gesetze gehalten, gäbe es heute weder Gewerkschaften noch gewerkschaftliche Rechte.

Das gilt auch für den Beamtenstreik. Viele Gewerkschafter sind der Meinung, daß die Post wegen der vielen Beamten streikunfähig sei. Wenn man die bestehenden Gesetze akzeptiert, stimmt das. Aber kann man diese Gesetze akzeptieren, wenn die Existenz von hunderttausenden Beschäftigten auf dem Spiel steht?

Wenn uns die Herrschenden Gesetzesbruch vorwerfen, sollte man sie auch mal daran erinnern, daß nicht mal sie ihre eigenen Gesetze einhalten. Schwarz-Schilling hat z.B. in seiner Batteriefabrik in Berlin die Grenzwerte für Blei überschritten und damit die Gesundheit von Anwohnern in Gefahr gebracht. Bei den ganzen Skandalen, in die die Regierung verwickelt war, wurde zimal Gesetzesbruch begangen.

Und dann sollen sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht das Recht nehmen, durch Streik ihre existentiellen Interessen

zu verteidigen?

Wo Recht zu Unrecht wird, ist Widerstand Pflicht. Und genau das ist bei der Zerschlagung der Post der Fall.

Auf dem Gewerkschaftstag der Postgewerkschaft 1986 hat der Hauptvorstand bereits angekündigt, daß das Beamtenstreikrecht gegebenenfalls durch kollektive Arbeitsniederlegung durchgesetzt werden muß.

Die Stärke der Arbeiter

Auch die Stahlarbeiter in Rheinhausen mußten gegen geltendes Recht verstoßen. Sie haben Straßen blockiert, Hausfriedens- und Landfriedensbruch begangen, ohne daß Polizei oder Staatsanwaltschaft es gewagt hätten, dagegen vorzugehen. Der einzige Grund dafür ist die Angst der Herrschenden vor mächtigen Gewerkschaften. Wie sagte doch der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes Günther Nollau: „Gegen Terroraktionen kleiner Gruppen kann unsere Gesellschaft ihre Zwangsmittel einsetzen. Ob unsere Demokratie die Kräfte besitzt, Maschinengewehre gegen revoltierende Arbeitermassen zu richten, bezweifle ich.“

Die Postgewerkschaft ist die fünfgrößte Einzelgewerkschaft im DGB. Über 70% der Postbeschäftigten sind in ihr organisiert. Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben der DPG im Kampf gegen die Pläne von Schwarz-Schilling ihre Unterstützung zugesagt. Bei aktiver Unterstützung durch die DGB-Gewerkschaften ist die Postgewerkschaft unschlagbar.

In keinem Fall kann sich die Postgewerkschaft auf Gerichte oder bürgerliche Politiker verlassen. Wer denkt, man könnte sich durch einen zurückhaltenden Kampf Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager holen, täuscht sich. Auf sie ist kein Verlaß und man schwächt dadurch die eigene Kampfkraft. Der Kampf gegen den § 116 hat gezeigt, daß auch auf die Sozialausschüsse in der CDU (CDA) kein Verlaß ist, wenn es hart auf hart kommt.

Wenn die Gewerkschaftsführung zögert und keinen konsequenten Kampf führt, gibt es Verwirrung in der Mitgliedschaft. Die Gegenseite wird ermuntert und die Gefahr einer Niederlage steigt.

Die Führung der Postgewerkschaft muß das Vertrauen in die Stärke der Postbelegschaft aufbauen. Sie muß klarmachen: Falls Schwarz-Schilling mit seinen Plänen durchkommt, würde das zu einer ungeheuren Schwächung der Postgewerkschaft führen. Die Managements der einzelnen Postbereiche würden sich dann jede Belegschaft einzeln vorknöpfen.

Unter diesen Bedingungen wäre es viel schwieriger, einen Abwehrkampf zu führen. Eine Niederlage im jetzigen Kampf würde zur Demoralisierung in der Mitgliedschaft führen und diese Demoralisierung würde von den Chefs benutzt werden, um noch härtere Angriffe durchzuführen. Soweit darf es nicht kommen!

SPD

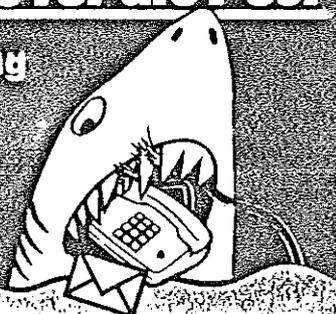
Die SPD kann eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Zerschlagung der Post spielen. Die Debatten im Bundestag über Schwarz-Schillings Gesetzesvorhaben müssen für eine kompromißlose Oppositionspolitik genutzt werden. Die SPD-Führung muß deutlich machen, daß die Regierung nichts anderes ist als ausführendes Organ mächtiger Kapitalinteressen – **bestrebt**, die Masse der Verbraucher und die Postbeschäftigten zahlen zu lassen.

Die SPD muß einen eigenen Gesetzentwurf für eine Postreform im Sinne einer demokratischen Arbeiterverwaltung und -kontrolle einbringen. SPD-regierte Länder und Städte müssen lokale und landesweite Aktionen der Postgewerkschaft offiziell unterstützen. Der Parteivorstand muß die gesamte Mitgliedschaft über Schwarz-Schillings Pläne aufklären. Auf allen Ebenen muß es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Postgewerkschaft und Partei kommen.

Kopf des Veranstalters

Beteiligt Euch an der Abstimmung

Meine Stimme für die Post
gegen Zerschlagung
und Ausverkauf
Abstimmung:
1.-6.9.'88



DGB
DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT

September 1988	
1	Donnerstag
2	Freitag
3	Samstag
4	Sonntag
5	Montag
6	Dienstag
7	

Abstimmung

Stimmzettel

Ich lehne den Gesetzentwurf von Postminister und Bundesregierung zur „Neustrukturierung der Deutschen Bundespost“ vom 11. Mai 1988 ab.



Ja



Nein

Ich setze mich gegen Zerschlagung und Ausverkauf der Bundespost ein und bin bereit, mich an weiteren Aktionen der Deutschen Postgewerkschaft zu beteiligen.



Ja



Nein

- Keine Zerschlagung, sondern Erhalt der Bundespost als einheitliches staatliches Unternehmen.
- Schluß mit Privatisierungen und Lockerungen des Postmonopols. Stattdessen Rücknahme aller Privatisierungen und Wiederherstellung bzw. Ausweitung des Postmonopols durch Enteignung der entsprechenden privaten Firmen bei Übernahme aller dort Beschäftigten.
- Alleinige Verwaltung der Post durch einen Verwaltungsrat, der sich aus einem Drittel gewählter Belegschaftsvertreter, einem Drittel gewählter Vertreter des DGB und einem Drittel Vertreter des Staates zusammensetzt.
- Die gewählten Vertreter von Belegschaft und DGB müssen jederzeit abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als das durchschnittliche Gehalt der Postbeschäftigten.
- Schluß mit Arbeitsplatz- und Lehrstellenabbau bei der Post.
- Übernahme aller Auszubildenden in ihren erlernten Beruf.
- Umwandlung aller Zeitverträge in unbefristete Arbeitsverträge.
- Das Recht auf einen Vollarbeitsplatz für jeden Teilzeitbeschäftigten.
- Massive Arbeitszeitverkürzungen für alle bei vollem Lohnausgleich:
 - sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche;
 - 1 1/2-facher Freizeitausgleich für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienst;
 - mindestens 6 Wochen Urlaub für alle.Jede Erhöhung der Arbeitsproduktivität muß den Beschäftigten zugute kommen.
- Für einen Mindestlohn von 1500,- DM netto für einen Vollarbeitsplatz und entsprechenden Mindestlohn für Teilzeitarbeit.
- Massive Erhöhung der Schichtzulagen.
- Ein einheitliches Dienstrecht für die Post-Beschäftigten mit Arbeitsplatzgarantie und vollen demokratischen Rechten (einschließlich Streikrecht) für alle.

Wie kann die Zerschlagung
der Post verhindert werden?

Wie soll es nach der
Abstimmung weitergehen?

Darüber wollen wir bei unserem
nächsten Treffen diskutieren:

Ort

Zeit

Alle Kolleginnen und Kollegen
sind herzlich eingeladen.

